

Bürgermeisterin Disser legt positiven Haushaltsplan für 2007 vor

Verwaltungshaushalt weist Überschuss aus

Im Verlauf der letzten Gemeindevertreterversammlung brachte Bürgermeisterin Disser den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2007 ein. Der Gemeindevertretung wurde dabei ein großes Paket zur Beratung und Beschlussfassung übergeben. Neben dem Haushaltsplanentwurf für 2007 liegt den Gemeindevertretern auch der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Campingplatz und Badeseen Mainhausen ebenso vor, wie die Fortschreibung des Projektes 2007, des Haushaltskonsolidierungsprogrammes von 2004. Die Fortschreibung des Konzeptes zur Verbesserung der Haushaltssituation der Gemeinde Mainhausen war eine der Auflagen der Kommunalaufsicht zum Haushaltsplan 2006.

Die für Bürgermeisterin Disser wichtigste Tatsache ist, dass „der Verwaltungshaushalt des Jahres 2007 erstmals seit 4 Jahren ausgeglichen ist. Hier wird jedoch nicht nur eine schwarze Null geschrieben, es entsteht ein Überschuss von **712.790 €**, der mit dem Fehlbetrag aus dem Jahr 2003 verrechnet wird.“

Dadurch vermindern sich die Fehlbeträge der Jahre 2003 bis 2006 von insgesamt 1.693.620 € auf heute **980.830 €**.

Darauf, dass die Haushalte der letzten Jahre nur unter sehr strengen Auflagen der Kommunalaufsicht genehmigt wurden, wies die Verwaltungschefin ausdrücklich hin. Durch die Kommunalaufsicht wurden mit der Genehmigung des Haushaltes für 2006 folgende Forderungen gestellt:

Im Bereich der Abwasserentsorgung ist eine Kostendeckung herzustellen

Beim Bestattungswesen ist eine Kostendeckung von 60 Prozent zu erreichen

Die Grundsteuer B ist auf 246 Prozent zu erhöhen oder entsprechende Kostensenkungen sind im Haushalt zu realisieren.

Ein Haushaltskonsolidierungskonzept ist zu erstellen.

Der vorgelegte Haushaltsplan entspricht den Zielsetzungen des von der

Kommunalaufsicht geforderten Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Bürgermeisterin Disser führte aus, dass „alle Positionen sorgfältig berechnet bzw. geschätzt wurden und soweit es möglich war, Einsparungen vorgenommen wurden.“

Allerdings mußten, aufgrund der steigenden Energiekosten und der

Mehrwertsteuererhöhung, jedoch zahlreiche Positionen teilweise erheblich erhöht werden.

„Wenn man den Prognosen der Wirtschaftsweisen glauben darf, werden in diesen Bereichen im kommenden Jahr Verbesserungen eintreten. Inwieweit dies zu höheren Einkommensteuer- und Gewerbesteuererinnahmen führen wird, kann nicht abschließend beurteilt werden,“ so Disser, „tatsache aber ist, dass die inzwischen beschlossene Mehrwertsteuererhöhung die Gemeinde enorm belastet. Die Kosten für Leasing, Fahrzeugunterhaltung, Energie und Reparaturen steigen genauso wie die Beträge für die notwendigen Investitionen.“

Als leidiges Thema bezeichnete die Verwaltungschefin die Kreis- und Schulumlage und nannte ein paar Zahlen, die deutlich machen, wie sehr die Kreis- und Schulumlage den Gemeindehaushalt belastet:

„Seit 2002 wurde die Kreis- und Schulumlage um insgesamt 4 Prozentpunkte, von 51 auf 55 Prozent, erhöht. Im Vergleich zu 2002 mußten wir bereits in diesem Jahr (2006) rund 400.000 € mehr an den Kreis zahlen.“

Im kommenden Jahr wird ein Betrag von **3.700.000 €** abgeführt werden. Der veranschlagten Höhe der Kreis- und Schulumlage liegt ein Umlagesatz von 55 Prozent zugrunde. Sollte der Kreistag oder der Regierungspräsident hier eine Erhöhung vornehmen, was mehr als wahrscheinlich ist, würde dies zu erheblichen Mehrausgaben führen und zu einer Reduzierung des Überschusses.

Nach den bisherigen Informationen aus dem Kreishaus steht eine Erhöhung von 2 Prozentpunkten zur Diskussion. Sollte diese Erhöhung der Kreisumlage zum Tragen kommen, werden wir im kommenden Jahr 289.500 € mehr Kreis- und Schulumlage zahlen müssen, im Vergleich zu 2002 hieße das 6 Prozentpunkte und 689.000 € mehr. Der Kreis Offenbach bekommt dann von der Gemeinde Mainhausen 3.989.500 € Kreis- und Schulumlage im Jahr 2007.“

Das dieser Betrag allein erheblich höher ist, als das Gewerbesteueraufkommen, das durch die örtlichen Unternehmen und die darin tätigen gewerblichen Arbeitnehmer erwirtschaftet wird, bezeichnet die Verwaltungschefin als erschreckend und eine Tatsache, die so nicht hingenommen werden kann.

Aufgrund einer optimistischen Schätzung wird das Gewerbesteueraufkommen in Höhe von **2.300.000 €** veranschlagt. Dies sind 100.000 Euro mehr als im Vorjahr. Davon muss ein Betrag von **550.000 €** an Gewerbesteuerumlagen an das Land abgeführt werden.

„Bei dem geschätzten Gewerbesteueraufkommen von **2.300.000 €** kann es sich nur um eine grobe Schätzung handeln, da nicht bekannt ist, welche Erträge die örtlichen Betriebe in den letzten Jahren erwirtschaftet haben“, erläutert Disser den Ansatz, „da jedoch allgemein eine steigende Wirtschaftskraft prognostiziert wird, ist diese optimistische Schätzung gerechtfertigt.“

Der Einkommensteueranteil der Gemeinde wird auf **3.413.000,-- Euro** und der Umsatzsteueranteil auf **382.000,-- Euro** geschätzt. Diesen Schätzungen liegen die Angaben des Statistischen Landesamtes zugrunde.

„Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass hier erhebliche Abweichungen möglich sind. Diese beiden beachtlichen Einnahmepositionen können daher keineswegs als verbindlich angesehen werden, da sie ganz wesentlich durch die Konjunktur beeinflusst werden. Positiv anzumerken ist, dass aufgrund der steigenden Einwohnerzahl der Verteilungsschlüssel beim Einkommensteueranteil zugunsten der Gemeinde geändert wurde.“

An Grundsteuer B wird im Haushaltsplanentwurf ein Betrag von **942.000 €** veranschlagt. Hierbei ist der von der Kommunalaufsicht geforderte Hebesatz von 246 Prozent zugrunde gelegt worden. Dadurch entstehenden Mehreinnahmen von rd. **142.000 €**.

„Die Erhöhung dieser Steuer ist für uns alle kein Spaß,“ so Bürgermeisterin Disser, „jedoch ist sie dringend erforderlich um anstehenden Investitionen zu finanzieren. Tatsache ist, dass die Gemeinde für ihren niedrigen Hebesatz jahrelang bestraft wurde, da bei der Berechnung der Kreis- und Schulumlage ein höherer Hebesatz unterstellt wurde und die Gemeinde für nicht vorhandenes Steueraufkommen Umlagen bezahlen musste.“

Im Haushaltskonsolidierungskonzept macht die Verwaltung diese Tatsache anhand von Zahlen deutlich. Beispielhaft führte sie in der Haushaltsrede an:

Steuerkraftzahlen 2002: 670.426 €

Umlagengrundlage 2002: 756.378 €

Differenz 2002: 85.952 €.

„Damit lag der Nachteil für die Gemeinde Mainhausen bei 43.835,52 €, ein Nachteil, der anderweitig finanziert werden mußte. Dieser Blickwinkel sollte uns allen die Entscheidung zur Grundsteuer B erleichtern bzw. uns zumindest die Notwendigkeit deutlich machen.“

Der Verwaltungshaushalt enthält neben den üblichen Personal- und Sachkosten, hierzu gehören die Kosten der Grundstücksunterhaltung und die Beschaffung von Arbeitsmaterialien, auch eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen bzw. Ausgaben im Rahmen der sozialen Daseinsfürsorge.

Diese Kosten wurden entsprechend der Ergebnisse der Vorjahre sehr sorgfältig geschätzt und Kürzungen soweit vertretbar vorgenommen.

Für die vorhandenen 6 Kindergärten wurden Ausgaben von insgesamt **1.526.600 €** veranschlagt. Diesen Ausgaben stehen lediglich Einnahmen von **296.500 €** gegenüber. In den Kindergärten sollte eine Kostendeckung von 33 Prozent angestrebt werden, das „Wie“, lässt die Kommunalaufsicht offen. Aufgrund der steigenden Kinderzahl hat sich die Einnahmesituation jedoch verbessert.

In Gänze bedeutet die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, dass die Betreuung unserer jüngsten Einwohner einen Zuschuß von mehr als **1.230.000 €** erfordert.

Ausgaben, die die Verwaltungsspitze als Investitionen in die Zukunft bezeichnet. In allen drei Gemeindekindergärten, und ab Januar auch in allen Einrichtungen kirchlicher und freier Träger, wird inzwischen ein Mittagstisch angeboten. Wichtig hierbei ist, dass seit 2004 alle gemeindlichen Kindergärten zur Kindertagesstätten umgewandelt wurden. Die Verlängerung der Öffnungszeiten erfolgte ohne zusätzliches Personal. Für die finanzielle Seite heißt das: Den durch Verlängerung der Öffnungszeiten möglichen Mehreinnahmen stehen dauerhaft keine Mehrausgaben gegenüber. Das der Bedarf für die Ganztagsbetreuung vorhanden ist, zeigen die Anmeldezahlen mehr als deutlich.

Für die Seniorenbetreuung werden **12.600 €** und für die Kinder- und Jugendhilfe in Form von Freizeitmaßnahmen **30.000 €** veranschlagt.

Für die Drogenberatung stehen **3.900 €** zur Verfügung und an die Caritas Sozialstation ist ein Zuschuss von **14.000 €** vorgesehen.

Einen wesentlichen Teil der freiwilligen Leistungen entfällt, wie schon in den Vorjahren, auf die Ortsvereine. An direkten und indirekten Zuschüssen werden insgesamt 533.600 € veranschlagt.

Der finanzielle Aufwand für den Brandschutz ist, nach Auffassung von Bürgermeisterin Disser, ebenfalls wieder erheblich, die Sicherheit vor Ort sollte hier aber einen hohen Stellenwert erhalten. So sind die Aufwendungen für die Anschaffung von diversen Kleingeräten, die Fahrzeugunterhaltung, den Lohnausfall und die ehrenamtlich Tätigen usw. von **188.810 €** durchaus akzeptabel.

Bei der Abwasserbeseitigung stehen im Entwurf den Ausgaben in Höhe von **1.683.300 €** Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Damit wurde einer Forderung der Kommunalaufsicht entsprochen. Bei der Wasserversorgung wurden Einnahmen in Höhe von **628.500 €** veranschlagt. Darin ist ein Betrag von **102.500 €** aus der Gebührenausschlagsrücklage enthalten, die damit restlos aufgebraucht ist. Trotzdem ergibt sich ein Verlust von **19.400 €**.

Zu den größten Naherholungsgebieten der Gemeinden gehört auch der Gemeindewald. Die Einnahmen aus Holzverkäufen sind erneut nicht kostendeckend. Trotzdem ist die Entwicklung im Gemeindeforst durchaus positiv, ist ein kleines Defizit von **900 €** festzustellen.

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen **5.687.900 €**. Damit hat der Vermögenshaushalt, der investive Teil der gemeindlichen Haushaltsplanung, erneut ein beachtliches Volumen. Bürgermeisterin Disser bezeichnete den investiven Teil des Gemeindehaushaltes als den Teil, „der für uns dauerhaft problematisch wird. Die darin aufgeführten Ausgaben decken nicht annähernd die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen und übersteigen trotzdem leider unsere eigenen Finanzmittel. Die Gemeinde Mainhausen wird sich weiterhin darauf einstellen müssen, wichtige Sanierungsmaßnahmen zu schieben und zu drücken und trotzdem künftige Investitionen fremd zu finanzieren. In einfachen Worten sei gesagt: Das Silber ist verfrühstückt und der Sanierungsbedarf ist immer noch vorhanden.“

Für 2007 ist der **Vermögenshaushalt** erneut zu einem großen Teil durch die Investitionen im Bereich der Abwasserentsorgung geprägt. Hier sollen im kommenden Jahr **1.710.000 €** investiert werden. Diesem Betrag stehen Beiträge in Höhe von **196.400 €** gegenüber.

Für die Neuanschaffung von Feuerwehrgeräten werden **26.900 €** und für den weiteren Baufortschritt beim Feuerwehrhaus in Mainflingen **1.000.000 €** veranschlagt. Der Ausbau der Gemeindestraßen im Ortsteil Zellhausen kostet **923.000 €**, eine zeitgemäße Beschilderung **10.000 €** und vorgesehene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen **55.000 €**.

„Diese Investitionen sind jedoch nur möglich, wenn auch weiterhin Grundstücke verkauft werden. Da die Erlöse hierbei nicht ausreichen, wird eine Kreditaufnahme von **1.251.700 €** veranschlagt. Darin enthalten ist ein Darlehen von **1.089.000 €** wegen des Kanalbaus.“

In der Vergangenheit wurden für Kanalsanierungen Zuschüsse durch das Land Hessen gezahlt. Hier hat der Landesgesetzgeber die Verfahrensweise dahingehend geändert, dass nunmehr Zuschüsse zu den Zins- und Tilgungsleistungen der aufzunehmenden Darlehen gewährt werden. Für die Tilgung der in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite ist ein Betrag von **315.400 €** vorgesehen.

Zum Vermögenshaushalt werden weiterhin die Baukosten für die betreute Grundschule in Zellhausen von **538.000 €** und für die betreuende Grundschule in Mainflingen wird ein Betrag von **20.000 €** veranschlagt.

Bei den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen von **2.049.500 €** handelt es sich um die letzten baureifen und veräußerbaren Grundstücke, über die die Gemeinde verfügt.

Am Schluss ihrer Haushaltsrede wies Bürgermeisterin Disser noch auf bevorstehende Veränderungen im Haushaltsrecht hin: „Mit der Beschlussfassung über diesen Haushaltsplan geht eine Ära des gemeindlichen kammeralen Haushaltswesen dem Ende zu. Bekanntlich wird ab dem Jahr 2008 die doppelte Buchführung in Mainhausen eingeführt. Dann gibt es keinen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mehr, sondern Produkte, Kosten- und Leistungsrechnung, Ergebnis- und Finanzpläne und eine Bilanz. Wenn wir heute schon wissen, dass die Aufstellung eines Haushaltsplanes in der Verwaltung und auch bei den Beratungen der Gremien viel Kapazität bündelt, der nächste Haushaltsplan im Rahmen der Doppik wird dies noch verstärken.“